

Anfragen zum Plenum

in der 8. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)
--

Renate Ackermann
(GRU)

Gibt es einheitliche Regelungen für die Kranken- und Rentenversicherung für Personen, die in der Tagespflege arbeiten, welche Probleme hinsichtlich der haupt- und nebenberuflichen Tätigkeit, der Festlegung des Beitragsatzes und des Verlustes der Krankenversicherung sind der Staatsregierung hier bekannt und wie will sie diese lösen?

Sabine Dittmar
(SPD)

Nachdem bislang von den ca. 100 BGJ-Landwirtschaftsmeistern in Bayern vier Auszubildende pro Betrieb betreut wurden und nach meiner Kenntnis die Anzahl der zu betreuenden Auszubildenden jetzt auf fünf erhöht wurden, frage ich die Staatsregierung, was der Grund für die Erhöhung der Anzahl von Auszubildenden pro Betrieb von vier auf fünf Azubis war, wie beurteilt die Staatsregierung nun die Möglichkeit der Ausbilder ihrer Aufsichtspflicht, die bei fünf Azubis gerade beim Umgang mit technischem Gerät (Motorsäge, Schlepperfahren etc.) entsprechend erschwert ist, nachzukommen und haben die Ausbilder mit finanziellen Konsequenzen zu rechnen, wenn sie weiterhin nur vier Azubis beschäftigen?

Annette Karl
(SPD)

Vor dem Hintergrund des Urteils des Bundessozialgerichts zum kostenlosen Mittagessen in Behindertenwerkstätten vom 09.12.2008 frage ich die Staatsregierung, wann gedenkt das Sozialministerium das Urteil umzusetzen und die Kosten für das Mittagessen zu übernehmen, und ist beabsichtigt, die in den Vorjahren von den Eltern bezahlten Kosten rückwirkend zu erstatten?

Hans-Ulrich Pfaffmann
(SPD)

Plant die Staatsregierung an den Förderzentren den 2. Konrektor einzusparen?

Mannfred Pointner
(FW)

Nachdem Kommunen in vielen Fällen Baumaßnahmen nur mit staatlichen Zuschüssen ausführen können und deshalb eine rasche Auszahlung der kompletten Fördermittel benötigen, was sich aber zunehmend zu verzögern scheint, frage ich die Staatsregierung, um welche Summen und Zeiträume es dabei geht, von wem die Zinslasten getragen werden und was die Staatsregierung zu tun gedenkt, um Fördermittel künftig zügiger auszubezahlen?

Markus Rinderspacher
(SPD)

Welche Planungen verfolgt die Staatsregierung hinsichtlich der zukünftigen Finanzierung der privaten lokalen und regionalen Fernsehangebote im Freistaat, nachdem der Vorstoß der Staatskanzlei zur Änderung des Rundfunkgebührenstaatsvertrags mit einer zusätzlichen „bayerischen GEZ-Gebühr“ offensichtlich von den anderen Bundesländern einstimmig abgelehnt wurde?

Dr. Martin Runge
(GRU)

Wie beurteilt die Staatsregierung die Aussage von Herrn Ministerpräsident a.D. Dr. Edmund Stoiber vor wenigen Tagen gegenüber der Presse in Brüssel, sein Beraterjob bei der EU-Kommission und sein Einsatz im Europawahlkampf der CSU ließen sich gut verbinden, im Zusammenhang mit der Tatsache, dass Herrn Dr. Stoiber entsprechend der Bestimmung in Artikel 8, Absatz 5 des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Staatsregierung „für Tätigkeiten und Aufgaben, die von einem ehemaligen Ministerpräsidenten im Zusammenhang mit seinem früheren Amtsverhältnis wahrgenommen werden“ unter anderem ein Beamter im höheren Dienst, finanziert aus freistaatlichen Mitteln, speziell zur Zuarbeit zur Tätigkeit des Ex-Ministerpräsidenten an der Spitze der 2007 eingesetzten Kommission für „Bürokratieabbau in der EU“ (High Level Expert Group on Administrative Burdens) zur Verfügung gestellt wurde, was damals wortreich von der Staatsregierung begründet worden war („zentrale Aufgabe, Europapolitik aktiv und konstruktiv zu gestalten“, „bayerische Anliegen und Interessen in Brüssel einbringen“, „durchaus beachtliche Einflussmöglichkeiten des Freistaates nutzen“), und sieht die Staatsregierung hier keine unzulässige Vermengung von Parteipolitik, ja Parteipropaganda mit aus freistaatlichen Mitteln finanzierter Tätigkeit auf der Ebene der Ministerialbürokratie?

Maria Scharfenberg
(GRU)

Aus welchen Gründen ist die Regierung der Oberpfalz als zuständige Planfeststellungsbehörde zu der Auffassung gelangt, dass für den Bau der Sallerner Regenbrücke in der Stadt Regensburg und für den Umbau des Lappersdorfer Kreisels im Landkreis Regensburg keine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen ist, und welche weiteren Behörden wurden an dieser Vorprüfung beteiligt?

Franz Schindler
(SPD)

Teilt die Staatsregierung die Befürchtung, dass der nach der Auseinandersetzung um die Errichtung einer atomaren Wiederaufarbeitungsanlage im Zusammenwirken zwischen Energiewirtschaft, Politik und der Firma BMW AG entstandene Innovationspark Wackersdorf aufgrund von Änderungen in der Geschäfts- und Modellpolitik der Firma BMW AG gefährdet ist, sieht sie sich nach wie vor verpflichtet, den Industriestandort Wackersdorf wegen der genannten Vorgeschichte besonders zu unterstützen und was hat die Staatsregierung bislang unternommen bzw. wird sie unternehmen, den Innovationspark mit seinen insgesamt etwa 2900 Arbeitsplätzen langfristig zu sichern?

- Helga Schmitt-Bussinger**
(SPD) Nachdem im Zuge der Fortschreibung des Staatstraßen-Ausbauplanes der Bau der Ortsumfahrung Aurau bereits in Prioritätsstufe eins eingestuft wurde und es nach Beschluss der Regierung von Mittelfranken seit 23.12.2008 Baurecht besteht, die Belastung der Bürgerinnen und Bürger durch den Durchgangsverkehr der Staatsstraße 2220 (Ansbach, Windsbach, Abenberg, Roth) seit Jahren ungebrochen stark ist, frage ich die Staatsregierung, wann ist mit dem Baubeginn der Umgehung zu rechnen bzw. wird dieser durch die Mittel des Konjunkturprogramms II beschleunigt?
- Tanja Schweiger**
(FW) Nachdem für die Arbeiten an der Kanalisation in den Bereichen der Gemeinde Frauenzell und Bruckbach/Brennberg für die Gemeinden noch Fördermittel in Höhe von jeweils ca. 500.000,00 Euro und 540.000,00 Euro ausstehen und dringende Sanierungsarbeiten im Bereich der Wasserversorgung für Hauptleitungen erforderlich werden, die vor ca. 50 Jahren erstellt wurden, frage ich die Staatsregierung, wann vorgesehen ist, die ausstehenden Fördermittel auszuzahlen und welche Fördermöglichkeiten es für Gemeinden im ländlichen Raum gibt, die Sanierungsarbeiten in der Wasserversorgung zu bezuschussen?
- Adi Sprinkart**
(GRU) Warum wurde im Sommer letzten Jahres eine Charge Blütenhonig eines Imkers aus dem Landkreis Lindau, bei der alle 6 Untersuchungen (1x KAL St. Gallen, 5x LGL Erlangen) einen Rückstand an Streptomycin ergaben, der über dem Grenzwert von 0,02 mg/kg lag, mit der Begründung, die Messunsicherheit schließe einen Rückstand unterhalb des Grenzwertes nicht aus, nicht aufgekauft, welche Argumente kann die Staatsregierung dem Imker an die Hand geben, um seinen mit dem Antibiotikum Streptomycin belasteten Honig an Verbraucherinnen und Verbraucher zu verkaufen, und glaubt die Staatsregierung ernsthaft, dass der Imker auch nur ein Gramm dieses Honigs verkaufen kann, wenn er die Verbraucher und Verbraucherinnen wahrheitsgemäß über die Streptomycinbelastung informiert?
- Reinhold Strobl**
(SPD) Ich frage die Staatsregierung, ob es bei der geplanten Schaffung von Stellen für Jugendsozialarbeiter an 22 Oberpfälzer Schulen, die für kommenden September vorgesehen ist, für einzelne Schulen möglich sein wird, bei akutem Bedarf auch schon vor diesem Zeitpunkt die entsprechende Stelle zu besetzen, wenn der jeweilige Träger der Maßnahme dazu personell in der Lage ist und dies bei der zuständigen Regierung angemeldet wird?
- Simone Tolle**
(GRU) Nachdem die Staatsregierung auf eine Schriftliche Anfrage der Fragestellerin vom 03.11.2008 die Kommunen benannt hat, die bis dahin einen Antrag auf Zusammenlegung von Haupt- und Realschule oder die Einrichtung eines eigenen Realschulmodells gestellt haben, frage ich die Staatsregierung, welche weiteren Anträge von welchen Kommunen in der Zwischenzeit eingegangen sind und wie mit den Anträgen verfahren wurde?